

AL Info⁴ / 21

- 3 Interview mit Annabelle Ehmann, Spitzenkandidatin im Kreis 12 für die Gemeinderatswahlen 2022
- 4 Ja allein genügt nicht: Niggi Scherr fordert beim Energiegesetz Schutzmassnahmen für die Mieter:innen.
- 5 Walter Angst begründet das kritische Ja der AL zum kommunalen Siedlungsplan.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG



GRADLINIG, UNBEQUEM, LINKS. Mit diesem Motto zieht die AL in die Gemeinderatswahlen vom Februar 2022. Die Erfolge in den letzten vier Jahren legen eine gute Ausgangsbasis, um selbstbewusst aufzutreten. Und anscheinend auch Motivation für neue jüngere und junggebliebene Leute, sich im Wahlkampf für die AL zu engagieren und auf der Liste 6 zu kandidieren. Der konsequente Einsatz für die Rechte der sozial Schwächeren vermag zu überzeugen – gerade auch diese Generation. Darunter sind erfreulich viele Frauen.

Die Palette an Berufen und Interessensgebieten unserer Kandidierenden ist divers: So haben wir neben den amtierenden Gemeinderät:innen und den altgedienten AL-Aktivist:innen junge Leute, die demnächst ihr Studium der Politik- oder Agrarwissenschaften abschliessen oder neben ihrer beruflichen Tätigkeit die Ausbildung in sozialer Arbeit beenden. Von der Schülerin im Liceo Artistico bis zum App-Designer, von der Labortechnikerin bis zur Data Engineerin und Ärztin oder auch von der Verantwortlichen eines Gesundheitslehrgangs bis zum Meteorologen ist ein breites Spektrum an

Berufen vertreten. Mehrere neu Kandidierende wurden in den letzten drei Jahren politisiert. Sie sind aktiv in der Klimabewegung, nehmen regelmässig an der Critical Mass teil oder sind durch den Frauenstreik 2019 politisch erwacht und haben dieses Jahr den Streik organisatorisch unterstützt. Andere haben bereits Referenden organisiert (Thurgauerstrasse) oder betreiben eine Hofbar mit Kulturkonzerten. Auch die neuen AL-Kandidierenden sind bereits vielfältig vernetzt und bringen einiges an politischem und gemeinschaftlichem Engagement mit.

Das seit 2018 ausgeglichene Verhältnis von Frau und Mann in der AL-Fraktion hat sich durch verschiedene Rücktritte zugunsten der Männer verschoben. Es war daher der Findungskommission ein Anliegen, die Nachrückpositionen auf den Wahllisten mit kompetenten Frauen zu besetzen. Das ist fast in allen Wahlkreisen gelungen. Die AL wird definitiv weiblicher und jünger, und das ist gut so. Zusammen mit den bisherigen Gemeinderät:innen haben wir eine attraktive Zusammensetzung auf unseren Wahl-

listen vereinigt. Nach den nächsten Wahlen werden wir mit altbewährten und neuen Köpfen im Gemeinderat vertreten sein, um uns gradlinig und unbequem für linke Positionen stark zu machen und hartnäckig auf die soziale Frage hinzuweisen.

Bereits vor den Sommerferien hat der Wahlausschuss seine Arbeit aufgenommen. Vertreten sind darin sowohl amtierende Gemeinderät:innen wie auch neu Kandidierende auf Spitzenplätzen sowie Vorstandsmitglieder und das Sekretariat. Sie alle arbeiten eng mit dem Komitee Walter Angst zusammen, um die beiden Kampagnen aufeinander abzustimmen und die vorhandenen Synergie-Effekte zu nutzen. Es ist eindrücklich, wie schnell die angestrebten Ziele dank der Zusammenarbeit im Kollektiv umgesetzt werden können. Es kommt ein erfolversprechender Wahlkampf auf uns zu. Nutzen wir ihn, um zuzulegen!

**Anne-Claude Hensch,
Vorstandsmitglied und
AL Kantonsrätin**

Parolen

Abstimmungen vom 28. November 2021

BUND:
Pflegeinitiative **JA**

«Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter durch Losverfahren» (Justiz-Initiative) **NEIN**

Covid-19-Gesetz **JA**

Kanton ZÜRICH:
Energiegesetz (EnerG) **JA**

STADT ZÜRICH:
Kommunaler Richtplan SLÖBA **JA**

Kommunaler Richtplan Verkehr **JA**

Rahmenkredit 330 Mio. für Ausbau Fernwärmeversorgung **JA**

Objektkredit Ersatzneubau Wohnsiedlung Hardau I **JA**

Termine

Sa, 20. November: Benefizessen
Sa, 27. November: Kulturspaziergang Kreis 4
Di, 30. November: Vollversammlung
Sa/So, 4./5. Dezember: AL Winter School
Sa/So, 8./9. Januar: AL Winter School
Do, 6. Januar: Podiumsdiskussion Tagesschule
Sa, 15. Januar: Quartiersspaziergang Kreis 5

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf:
www.al-zh.ch

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch
Sekretariat Dafina Gash, Zoe Lehmann, Molkenstr. 21, 8004 Zürich sekretariat@al-zh.ch
Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19
Erscheint 4 bis 6 mal jährlich
Auflage/Druck 2500 Ex., Oesch Reliefdruck AG
Layout Dafina Gash, Zoe Lehmann,
Redaktion Dafina Gash, Zoe Lehmann, Andrea Leitner, Rosa Maino, Dayana Mordasini, Niklaus Scherr

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10.- ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

Von Abschieden und Anfängen



Danke Kaspar! Herzlich Willkommen Nicole!

Nach über 14 Jahren aktiver Politik im Kantonsrat ist Kaspar Bütikofer Ende August 2021 zurückgetreten.

Kaspar brachte das Kunststück fertig, von allen im Kantonsrat anerkannt und geschätzt zu werden, ohne je seine politischen Ideen zu verleugnen. Rasch profilierte er sich als Gesundheitspolitiker und konnte mit seinen klaren Vorstellungen und mit taktischem Geschick markante Verbesserungen - insbesondere im Bereich der Prämienverbilligung - erreichen. Er galt als der linke Gesundheitspolitiker im Rat.

Gerade weil es Kaspar gelang, nicht mit Betroffenheit, sondern mit Ideen und Argumenten zu politisieren, konnte er mit seiner ruhigen Art und mit Schalk das Gegenüber überzeugen. Ein SVP-Politiker meinte, er schätze ganz besonders an Kaspar, dass er linke Politik mache, ohne ständig zu moralisieren.

Unsere Fraktion verliert einen eigenständigen Denker mit klassischer linker Ausbildung. Er meldete sich in der Fraktion häufig zuletzt, aber gewichtig zu Wort und überzeugte uns unter anderem mit seinem trockenen Humor. Als Marxist alter Schule ist er auch in seinem persönlichen Auftritt traditionell und galt im Kantonsrat als der bestangezogene Mann.

Nachfolgerin von Kaspar ist Nicole Wyss. Nicole ist 45 Jahre alt, arbeitet als Kulturschaffende und ist seit 2014 Schulpflegerin. Bereits an ihrem ersten Tag im Kantonsrat hatte sie einen fulminanten Start: Sie verlas die Fraktionserklärung zur kurzfristigen Absage des albanischen Kulturfestivals Alba durch den Kanton und wurde daraufhin gleich von diversen Medien zitiert.

Markus Bischoff, AL Fraktionspräsident und Kantonsrat

2014 als eine der jüngsten Gemeinderät:innen gewählt, tritt Christina Schiller nun mehr als sieben Jahre später aus dem Stadtparlament zurück.

Trotz ihrer Jugend konnte man ihr als Mitglied der Spezialkommission Sicherheitsdepartement und Verkehr von Anfang an nichts vormachen. Schnell galt sie inner- wie ausserhalb der Fraktion als Spezialistin für Fragen wie die Arbeitsbedingungen in der Sexarbeit, die Rechtmässigkeit von Demonstrationen oder Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Energisch führte sie auch den Kampf gegen die Zürcher Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle («Hotel Suff») und lässt trotz verlorener Abstimmung bis heute bei diesem Thema nicht locker.

Von 2017 an hatte sie Einsitz in der Finanzkommission. Hier konnte sie sich Wissen zum AL-Kernthema "Wohnen" aneignen, das sie in der Besonderen Kommission, die bis im Juli die kommunalen Richtpläne beriet, einbringen konnte.

Auch in unserer Fraktion hat Christina ihre Positionen eloquent, faktenbasiert und ohne Scheu vor Konflikten vertreten. Und mit ihrer offenen und liebenswerten Art konnte sie allfällige Wogen immer wieder glätten. Unvergessen bleibt ihr Budgetdebattengeschenk: Jedes Jahr versorgte sie uns mit Schiller'schem Weihnachtsgebäck und machte damit die jährlichen Monsterdebatten erträglicher. Aber nicht nur dafür vermissen wir sie.

Mit Michael Graff hat die Fraktion einen mehr als würdigen Nachfolger erhalten. Michael ist nicht nur ein ausgewiesener Wirtschaftsexperte, sondern seit seinem denkwürdigen Auftritt in der "Arena" auch so etwas wie unser AL-TV-Star. Die Fraktion freut sich sehr über die Zusammenarbeit mit ihm.

David Garcia Nuñez, AL Gemeinderat



Christina geht, Michael kommt.

Kreis 12: Annabelle im Gespräch

Du lässt dich erstmals für ein politisches Mandat aufstellen. Was hat dich dazu bewogen?

Erstens mein Interesse an Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, zweitens die Neugier, die parlamentarische Politik besser zu verstehen. Drittens würde ich persönlich gerne mehr junge Frauen wählen, habe dazu aber nicht genügend Auswahl. Jetzt gerade stehe ich selbst an einem günstigen Zeitpunkt in meinem Leben für ein solches Engagement. Viertens sind wir mit vielen Herausforderungen konfrontiert, bei denen ich mich einbringen will.

Was für Herausforderungen?

Die Stadt Zürich verändert sich immer schneller. Diese Veränderungen dürfen bestehende Krisen aber nicht verstärken oder gar neue auslösen. Vielmehr sollten wir proaktiv die dringendsten Probleme wie mangelnde Sorgfalt – zwischenmenschlich, gegenüber Ökosystemen und dem Planeten – grundlegend angehen. Dabei spielt die Gestaltung des öffentlichen Raums eine wichtige Rolle.

Was wäre deine Idealvorstellung?

In Schwamendingen zum Beispiel sind momentan grosse Umgestaltungsprojekte im Gang. Menschen, die hier aufgewachsen sind und hier arbeiten, sollen trotz Sanierungen und Ersatzneubauten weiterhin zu einem zahlbaren Preis im Quartier wohnen und arbeiten können. So bleibt ihr soziales Netzwerk bestehen. Für das Zusammenleben sind Begegnungsräume wichtig. Das heisst mehr Grünräume mit Bäumen, die im Sommer Schatten spenden und deutlich schöner sind als eine Betonwüste mit Parkplätzen. Grundsätzlich soll die bestehende Infrastruktur nicht einfach abgerissen, sondern günstig und ökologisch ergänzt werden. Das heisst auch keine neuen Infrastrukturen wie Tiefgaragen, höchstens noch Übergangsparkplätze für Menschen in noch Automobil-abhängigen Berufen. Ich möchte die ursprüngliche Gartenstadt-Idee wiederbeleben, aber mit gemeinschaftlichen statt privaten Gärten. Davon würde die Wohn- und die Arbeitsbevölkerung profitieren.

Was würdest du als erstes machen im Rat?

Meine Ratsmitglieder kennenlernen, um zu verstehen, in welchen Bereichen ich gemeinsam mit ihnen etwas verändern kann.



Spitzenkandidatin Annabelle Ehmman

Wie bist du eigentlich politisiert worden?

Nach einer Banklehre und zwei Jahren im Private Banking habe ich die Matura nachgeholt und Agrarwissenschaften mit Vertiefung Agrarökonomie studiert. Während meines Studiums bildete sich die Klimastreikbewegung. Diese rief in mir Trauer über die anhaltende Zerstörung unseres Planeten und Sorge um dessen Zukunft wach. Aktivismus erkannte ich als einen Weg, mir für ein Thema Gehör zu verschaffen. Ich habe an den Hochschulen für Demos mobilisiert und mich intensiv mit dem Finanzplatz auseinandergesetzt.

Zuvor war ich bereits in der Flüchtlingshilfe aktiv und hatte mich um einen alleinreisenden minderjährigen Neuankommeling gekümmert. Das Bewusstsein für die politische Dimension, die das Anstossen von Veränderungen hat, ist aber erst mit der Klimabewegung gekommen.

Bei welchen Themen würdest du dich mit Vorstössen einbringen?

Ich möchte eine gesunde, ökologische und gerechte Ernährung fördern. Dafür werde ich Alternativen zu den Grossverteilern und die Etablierung der solidarischen Landwirtschaft unterstützen.

Insgesamt wünschte ich mir mehr lokale gewerbliche Vielfalt statt grossen nationalen und internationalen Ketten sowie mehr Partizipation in den Quartieren.

Die Stadt soll selbstbewusster über ihren Strassenraum verfügen und somit für die Interessen ihrer Anwohner:innen einstehen. Die Bewegung zu Fuss und mit dem Velo soll als Bewegungsart priorisiert werden – für Jung und Alt. Weiter braucht es mehr Flächen, die Pflanzen und nicht-menschlichen Tieren einen Lebensraum bieten.

Interview: Michael Schmid, Vorstandsmitglied

AL-Buch- und Filmtipp



Michael Graff empfiehlt: Heiliger Zorn: Wie die frühen Christen die Antike zerstörten. Catherine Nixey, 2021, Pantheon. ISBN: 978-3-570-55432-6

Nixeys erschütternde Darstellung der planmässigen Zerstörung der antiken Wissenschaft und Kulturschätze durch das frühe Christentum entlarvt einmal mehr das Gerede vom durch Toleranz und Weltoffenheit geprägten christlichen Kulturerbe. Wer die christlichen Eroberungskriege, Massenmorde an vermeintlichen Häretikern und Hexen und Pogrome gegen Juden als Entgleisungen abtut, wird eines Besseren belehrt. Das Buch zeigt, dass Intoleranz, Grausamkeit und Wissenschaftsfeindlichkeit seit jeher das Christentum prägten. Mit der Erhebung zur römischen Staatsreligion begannen Bildersturm, Bücherverbrennung, Zerstörung von „Götzenbildern“ und Verfolgung derer, die nicht schnell genug konvertierten. Spuren dieses Wütens findet man in Museen in beschädigten antiken Statuen. Diese sind nicht dem Zahn der Zeit geschuldet, sondern Hammer und Meissel der frühen Christen.



Regula Fischer empfiehlt: «Sous la Peau», Dokumentarfilm von Robin Harsch. Schweiz, 2019 Filmemacher Robin Harsch nimmt uns bei der Hand und

erzählt die Geschichte dreier trans Jugendlicher auf der Suche nach der eigenen Identität. Dabei bezieht er auch ihr Umfeld mit ein: die Eltern, die sich mit dem Coming-Out ihres Kindes schwertun, die Lehrpersonen, die nicht mehr wissen, wie sie die Leistung der Jugendlichen im Sport bewerten sollen, und insbesondere auch die Leute von «Le Refuge Genève», die die Jugendlichen begleiten. Einfühlsam und verständnisvoll lässt der Film die jungen Menschen für sich selbst sprechen. Und wir hören ihnen zu. In meinen Augen erlaubt dieser Film all jenen, die sich bisher noch nicht intensiv mit dieser Thematik beschäftigt haben, einen soliden Einstieg in verschiedenste Fragen rund um Identität und Geschlecht.

Der Film ist seit Oktober in Lugano, Ende Jahr auf RTS und danach als VOD-Option / Play Suisse zu sehen.

Ja allein genügt nicht

Ende November stimmen wir über das Zürcher Energiegesetz (EnerG) ab. Referendumsmacher sind dieselben wie beim CO2-Gesetz, lauteste Stimme im Nein-Chor erneut die SVP.

Am 21. Oktober trat das Nein-Komitee vor die Medien, u.a. Albert Leiser, Direktor des Hauseigentümergebäudes (HEV), SVP-Kantonsrat Ueli Bamert, Leiter Politik von avenergy (Ex-Erdölvereinigung), und der Präsident des Kaminfegermeister-Verbands. Lobbyisten, soweit das Auge reicht. Hinter dem Mannen-Quintett Plakate mit reisserischen Slogans wie «Mieten noch mehr verteuern?» und «Achtung: Zwangskündigungen!». O-Ton Bamert: «Hauseigentümer sind grösste Klimaschützer». Eine groteske Maskerade: der Erdöl-Lobbyist als Klimaschützer und der Sprecher der Immo-Haie als Mieterschützer, der Krokodilstränen für die armen Mieter:innen vergiesst. Die Täter inszenieren sich als Opfer der Behörden, die sie zwingen, gegen ihren Willen die Mieten massiv zu erhöhen und die Mieter:innen auf die Strasse zu stellen. Ausgerechnet HEV und SVP, die keine Gelegenheit auslassen, den eh schon schwachen Mieterschutz abzubauen!

Dekarbonisierung ist kein Sonntags-spaziergang

Wer Klimaschutz ernst nimmt, sagt Ja zum Energiegesetz. Auch die AL hat mit grossem Mehr die Ja-Parole beschlossen. An der Dekarbonisierung des Gebäudeparks führt kein Weg vorbei. Allerdings ist das Ganze kein Sonntagsspaziergang. Im Kanton wohnen über 70 Prozent der Haushalte zur Miete, in der Stadt Zürich sind es sogar 90 Prozent. Trotz der schrillen Töne der Gegner:innen lohnt es sich, die Auswirkungen des Energiegesetzes und des parallelen Förderprogramms Energie 2020 – 2023 auf die Miethaushalte genauer unter die Lupe zu nehmen.

Das Problem der Leerkündigungen

Ein blosser Heizungsersatz – Einbau einer Wärmepumpe oder Anschluss an die Fernwärme oder einen Energieverbund – berechtigt unter keinem Titel zu einer Wohnungskündigung und dürfte unter Einbezug der Subventionen und der tieferen Betriebskosten in der Regel kaum zu einer Verteuerung der Brutto-Mietkosten führen.

Komplizierter wird es allerdings, wenn der Heizungsersatz zum Anlass für zusätzliche energetische Massnahmen (Wärmedämmung, neue Fenster etc.) genommen wird. Zwar sind solche Mass-

nahmen ohne Weiteres im bewohnten Zustand möglich. In Hotspots wie der Stadt Zürich, wo bei Neuvermietungen massiv höhere Marktmieten winken, schreiten Vermieter:innen jedoch immer mehr zu Leerkündigungen. Von 2010 bis 2013 betraf dies 28%, 2015 bis 2019 bereits 35% der Sanierungen. Mit der beschleunigten Dekarbonisierung des Gebäudeparks dürfte der Anteil weiter steigen.

Mieter:innen als Stiefkinder der Klimapolitik

In der Energiepolitik hatte und hat die Politik stets ein offenes Ohr für die Hausbesitzer:innen. Bei der Energiestrategie 2050 erhielten sie den Batzen und das Weggli: energetische Investitionen können sie auf die Mieter:innen überwälzen und gleichzeitig bei den Steuern als Unterhaltskosten abziehen; bei Ersatzneubauten dürfen sie gar die gesamten Abbruchkosten abziehen! Mieter:innen sind dagegen bis heute die Stiefkinder der Klimapolitik. Das muss sich ändern.

Hier besteht klar politischer Handlungsbedarf. Allerdings glänzt der grüne Baudirektor Neukom nicht gerade durch Aktivismus. Forderungen des Zürcher Mieterinnen- und Mieterverbands hat er kurzerhand als unerfüllbar vom Tisch gewischt. SP-Nationalrätin Badran spricht zu Recht von einer «verpassten Chance». Ganz anders der Zürcher Stadtrat: Er will in den beiden kommunalen Förderprogrammen zur Aufstockung der Kantonsbeiträge flankierende Massnahmen gegen Leerkündigungen und übersetzte Mieterhöhungen einbauen.

Förderprogramme: Flankierende Massnahmen notwendig

Den wichtigsten Hebel bilden die Förderprogramme. Stimmt das Volk dem

Energiegesetz und der Gemeinderat dem kommunalen Förderprogramm zu, geht 2022/23 ein wahrer Subventionsregen - 130 Mio CHF des Kantons und 18 Mio der Stadt – auf die Hausbesitzer:innen nieder. Knapp zwei Drittel der Mittel bringen Kanton und Stadt auf, bloss ein Drittel stammt als Globalbeitrag des Bundes aus dem Ertrag der CO2-Abgabe. Wer Subventionen gewährt, kann Bedingungen stellen und Auflagen formulieren. Das war in der Landwirtschaft schon immer so und sollte auch bei den Energieprogrammen der Fall sein. Denkbare Massnahmen:

- Keine Förderbeiträge an Ersatzneubauten mehr. Neukom will das prüfen.
- Förderbeiträge nur gegen Zusage der Empfänger:innen, auf Leerkündigungen zu verzichten. Das will der Zürcher Stadtrat.
- Beim Heizungsersatz werden mit einem Rechentool der Baudirektion die Lebenszykluskosten des neuen Heizsystems ermittelt (§ 11 Abs. 3 EnerG). Förderbeiträge nur mit der Auflage, dass Mieterhöhungen auf dieser Basis berechnet werden.
- Laut Mietrechtsverordnung müssen Vermieter:innen auf dem Mieterhöhungsformular ankreuzen, ob sie Subventionen erhalten haben. Warum geht der Kanton nicht weiter und informiert die betroffenen Mieter:innen automatisch über die Höhe der Subvention?

Für griffigen Wohnschutz

Darüber hinaus muss die Linke für eine griffige kantonale und kommunale Wohnschutzgesetzgebung kämpfen, wie sie heute die Kantone Genf, Waadt und Baselstadt kennen, bis hin zu zeitlich befristeten Mietzinskontrollen im Anschluss an umfassende Sanierungen.

Niggi Scherr, Redaktionsmitglied



Am 28. November Ja zum Energiegesetz stimmen! (Bild: überparteiliches Komitee)

Ja zu den Richtplänen

Die AL sagt Ja zu Verkehrs- und Siedlungsrichtplan: Zum Verkehrsrichtplan mit grosser Überzeugung, zum Siedlungsrichtplan, damit es diesen endlich gibt.

Kommunale Richtpläne vermitteln zwischen den übergeordneten Vorgaben der Raumplanung und der konkreten Umsetzung in Bauprojekten. Im Verkehr ist diese «Vermittlung» relativ einfach. Die meisten Verkehrsflächen gehören dem Gemeinwesen. Streit bei der Umsetzung der Richtplanung kann es nur geben, wenn a) der Kanton nicht einverstanden ist mit dem, was die Stadt machen will, oder b) wenn die Regierung nicht tut, was Parlament und Öffentlichkeit wollen.

Stadtrats-Mehrheiten entscheiden

Mit dem seit 2018 für den Verkehr verantwortlichen Stadtrat Richard Wolff ist Punkt b kein Problem mehr. Der AL-Stadtrat hat während der parlamentarischen Beratungen der Richtpläne den Verkehrsrichtplan an Bedürfnisse und Willen der Bevölkerung angepasst. Grundlage dafür sind zwei mit schweren Geburtswehen erkämpfte Beschlüsse: Einführung von Tempo 30 auf den Hauptachsen und grünes Licht für Parkplatzabbau (womit das von der AL schon lange geforderte Ende des historischen Parkplatzkompromisses besiegelt wurde).

Warum war der Stadtrat nicht in der Lage, die Weichen schon bei der Erarbeitung des Verkehrsrichtplans (bis 2018) neu zu stellen? Der Grund ist die Arithmetik: Seit 1901 haben SP und FDP das Stimmennmehr im Stadtrat; andere Mehrheiten gibt es nur, wenn die SP bereit ist, nicht

mit der FDP abzustimmen.

Wem gehört Zürich?

Bei der Siedlungsentwicklung ist alles viel komplizierter. Der übergrosse Teil des Siedlungsgebiets gehört privaten Eigentümer:innen. Diese können ganz grob in Private (Hauseigentümer:innen und grosse Immobilienkonzerne) und Gemeinnützige unterteilt werden. Weil Private die Bau- und Zonenordnung (BZO) beachten müssen, nicht aber den Richtplan, schlägt der Stadtrat sinnvolle Richtplanvorgaben nur auf Flächen vor, die nicht den renditegetriebenen Eigentümer:innen gehören.

Zwei konkrete Beispiele:

- Als die SP in der Richtplandebatte einen Antrag stellte, «private» Innenhöfe öffentlich zugänglich zu machen, gabs von Seiten der FDP ein Huronengebrüll. Sie behauptete, dass künftig Obdachlose auf den Dachterrassen der High Society Platz nähmen. Auf diesem Narrativ baut die FDP ihren Abstimmungskampf gegen die Richtpläne auf. Ihre Parole («Free Züri») macht deutlich, was der Zürberg unter Freiheit versteht.

- Von der AL hat der Stadtrat den Auftrag erhalten, den Bedarf an öffentlichen Bauten im Siedlungsrichtplan festzuschreiben. Im Fokus standen Schulhäuser und Pärke. Getreu der erwähnten Grundidee, renditegetriebenen Grundeigentümer:innen keine Vorgaben zu machen, pfercht der Stadtrat den Flächenbedarf für gemeinwohlorientierte Nutzungen auf seinem eigenen Land und den Arealen der kooperationsbereiten Bauge-

nossenschaften zusammen. Das schafft Nutzungskonflikte. Die Fragen lauten «Schule» oder «preisgünstige Wohnungen», «Polizeiposten» oder «Park».

Die SP kneift

Die AL will solche Nutzungskonflikte reduzieren. Sie fordert auch von renditeorientierten Grundbesitzer:innen Beiträge ein, die dem Gemeinwohl dienen. Sie hat deshalb in der Richtplandebatte Vorstösse eingereicht: Abschaffung der Arealüberbauung, Gestaltungsplanpflicht für Verdichtungsareale, Pflicht zur Erstellung von preisgünstigen Alterswohnungen auf privaten Arealen. Stadtrat und SP haben uns die Unterstützung verweigert.

Keine Antwort auf Zukunftsfragen

Deshalb hadert die AL mit dem Siedlungsrichtplan. Weil er keine Antwort auf die grossen Zukunftsfragen der Stadtentwicklung gibt: Einschränkung der Spekulation, Landsicherung für Pärke und Schulen, aktive Anti-Gentrifizierung statt blosses «Monitoring», klimaneutrale Siedlungsentwicklung durch Erneuerung im Bestand statt Abbruchorgien.

Wir haben uns für ein Ja entschieden, weil es nur so einen Siedlungsrichtplan gibt, den wir abändern können. Nur mit dem Siedlungsrichtplan können wir auf Planungsentscheide der Exekutive Einfluss nehmen.

Walter Angst, AL Gemeinderat und Stadtratskandidat



AL, Grüne, SP, junge Grüne, Juso und GBKZ reichen 8650 Unterschriften für eine faire Finanzierung der Corona-Hilfen ein (Bild: Zoe Lehmann)

Geimpft, auch gegen rechte Scheisse



«Es war absolut eindrücklich!», schrieb eine Stadtratskandidatin nach der Anti-Corona-Massnahmendemo in Winterthur Ende September auf

ihrer Facebookseite. Sie ist Mitglied des «Team Freiheit» für Winterthur, das aus den Stadtratskandidat:innen von FDP, SVP und Mitte besteht. Wie kann ein Tag eindrücklich sein, an dem in Winterthur die rechtsextrême «Junge Tat» mit einem Transparent «Jugend gegen Impfwang» offen und sichtbar an der Demo mitläuft sowie weitere Exponent:innen aus der braunen Ecke, wenn auch verdeckter? Wie kann ein Tag eindrücklich sein, an dem in Winterthur eine Jugendorganisation ihren bewilligten Kuchenverkauf in der Altstadt nach Rücksprache mit der Polizei stoppen musste, weil die maskentragenden Kinder von den Demoteilnehmer:innen aufs Übelste beschimpft und angefeindet wurden? Hass und Aggression habe auch ich an diesem traurigen Samstag als Teilnehmer des Gegenprotestes erlebt. Von fliegenden Flaschen über angedeutete Pistolenschüsse bis hin zu Gesten von durchgeschnittenen Kehlen habe ich alles gesehen. Hass zogen wir unter anderem wegen unserem Transparent «Winterthur bleibt nazifrei» auf uns. Klar, nicht alle an der Demo identifizieren sich mit der Nazi-Ideologie. Doch wer an einer Demo mitläuft, wo Neonazis offen auftreten, muss sich hinterfragen und die Konsequenzen für das eigene Handeln tragen – an diesem Samstag in Form unseres Gegenprotestes. Wie kann eine Person aus dem «Team Freiheit» an einer Demo mit Menschen mitlaufen, die Schilder mit «Apartheid Schweiz», «Wir fordern den Nürnberger Prozess für den Bundesrat» oder «Stoppt den Impf-Holocaust» stolz vor sich hertragen? Dieser Form von Freiheit werden wir in Winterthur hoffentlich nie mehr ausgesetzt sein. Sollte dies die «Freiheit» für Winterthur sein, gibt es einen Grund mehr, weshalb ich mich inner- und ausserhalb des Gemeinderates für ein weltoffenes, buntes und nazifreies Winterthur einsetze.

Cédric Eigner, AL Gemeinderat Winterthur

Bericht aus Horgen

Am 27. März 2022 finden in Horgen Gesamterneuerungswahlen statt. Damit wird wohl ein über zwei Jahre dauernder Konflikt zwischen der parteilosen, an der Urne gewählten Schulpräsidentin und dem Gemeinderat sowie einzelnen Schulpflegemitgliedern enden. Weder eine Supervision noch die Anhörung beim Bezirksrat brachte die für den Gemeinderat erhoffte Entspannung. Und selbst der Regierungsrat konnte kein Fehlverhalten der Schulpräsidentin hätte führen können. Die Schulpräsidentin fühlte sich gemobbt, während auf der anderen Seite drei Gemeinderats- sowie vier Schulpflegemitglieder ihren Rücktritt bekannt gaben. Allerdings wurde diesem Begehren während der laufenden Legislatur nicht stattgegeben.

Bei den Neuwahlen sind die Chancen für Kandidaten:innen einer kleinen Partei wie der AL sehr gering, vom Souverän gewählt zu werden. Da haben es parteilose Kandidaten:innen – vor allem bei Behördenwahlen – um vieles einfacher. Sie sind meist im „Dorf“ verwurzelt oder länger ansässig, nehmen aktiv am Vereinsleben teil und werden deshalb von den Mitbürger:innen nicht in erster Linie an ihrer politischen Haltung gemessen, die auf Grund ihrer Parteilosigkeit auch nicht unmittelbar offenkundig ist. Für AL-Kandidat:innen wären die Chancen gewählt zu werden, höher, wenn Horgen ein Parlament hätte. Leider scheiterte eine Einzelinitiative aus den Reihen der SP mit 70% Nein-Stimmen beim Urnengang im November 2019. Die AL hatte sich damals

als einzige Partei im Abstimmungskampf mit einem eigenen Flyer engagiert.

So kann die AL Horgen nicht über Rats- und Behördenmitglieder Einfluss nehmen. Akzente setzen kann sie bei öffentlichen Mitwirkungsverfahren, an Gemeindeversammlungen und über Medienmitteilungen.

Aktuell ist auch die AL Bezirk Horgen von den gesellschaftlichen Auswirkungen der Pandemie negativ betroffen. Nach Bekanntgabe der Ja-Parole der AL Zürich zum Covid-Gesetz musste die AL Bezirk Horgen einzelne Parteiaustritte beklagen. Vielleicht hätte auch die Nein-Parole Austritte bewirkt. Da beide Haltungen zum Covid-Gesetz in der AL Bezirk Horgen vertreten sind, hat die Sektion in Horgen Stimmfreigabe beschlossen.

Corona darf die AL nicht in ihren Kernanliegen spalten. Ein Covid-Zertifikat ist nur mit einem Pass oder einer ID gültig. Wie soll da ein:e Papierlose:r zu einem Covid-Zertifikat kommen?

Die AL setzt sich bewusst und konsequent für eine sozial handelnde und umweltschützende Gesellschaft, zum Wohl der ganzen heterogenen Bevölkerung ein. Besonders kümmert sie sich um bedrohte Personengruppen. Die AL ist die Stimme für die Stimmlosen und Unsichtbaren – für die Papierlosen. Deshalb gilt auch für die AL im Bezirk Horgen: gradlinig, unbequem, links.

Florian Schweizer, Präsident AL Bezirk Horgen



Rentner:innen demonstrieren vor Gemeinderat gegen Streichung der Warteliste für Alterswohnungen. Mehr auf Seite 8! (Bild: Philippe Surber)

Fulminanter Einstieg



Seit September bin ich im Kantonsrat. Ich konnte bereits kurz nach meiner Vereidigung eine Fraktionserklärung verlesen. Thema war die kurzfristige Absage des Alba Festivals.

Es ist nicht nachvollziehbar, wie einem Festival zwei Tage vor Türöffnung die Bewilligung entzogen werden kann, obwohl die Veranstalter in der Lage und willens gewesen sind, das vorgegebene Schutzkonzept umzusetzen. Gleichtags fanden im Kanton Zürich mehrere Grossveranstaltungen mit demselben Schutzkonzept statt. Das ist der albanischen Community gegenüber diskriminierend.

Der Kantonsrat ist mein erstes parlamentarisches Amt. Ich war mir bewusst, dass ich in eine neue Welt eintreten werde und mich in viele Themen vertiefen muss. Auch, dass ich einige Zeit mit Wissen hinterherhinken werde. Der Dschungel von Abkürzungen ist mir ebenfalls nicht

fremd. Den durchkämmte ich bereits für mein Amt in der Schulpflege. Mit den vielen Abendveranstaltungen hingegen habe ich nicht gerechnet. Nun ja, das Gute daran ist, man lernt schnell viele neue Gesichter kennen. Neben dem Einsitz in der Justizkommission habe ich von meinem Vorgänger Kaspar Bütikofer die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit übernommen. Unnötige Krankenkassen-Betreibungen, die Wichtigkeit von Patientenverfügungen und Prämienverbilligungen, die Problematik von ambulanten und stationären Eingriffen sowie die Eigentümerstrategien der kantonalen Spitäler und Psychiatrien standen als Erstes auf dem Programm.

Um einzelne Themen in diesem Bereich zu verstehen, benötigt man ein ganzes Hochhaus an Vorwissen. Kaspars Einführung hat mir ein gutes Startwissen verschafft. Auch aus der Fraktion erfahre ich grosse Unterstützung. Keine Frage ist zu blöd, um gestellt zu werden – so wird man hoffentlich schnell dossierfest!

Nicole Wyss,
AL Kantonsrätin

Abrissbirne oder Gesamt-sanierung?



Mit AL-Gemeinderätin Natalie Eberle habe ich ein Postulat eingereicht, wonach künftig zu jedem städtischen Bauvorhaben vor der Projektierung eine Gesamtenergiebilanz erstellt werden muss.

Wieviel graue Energie wird vernichtet? Was sind die aus energetischer Sicht sinnvolleren Varianten? Ersatzneubau oder Gesamtsanierung, letztere allenfalls mit Anbauten und/oder Aufstockungen?

Um das beurteilen zu können, braucht es Vergleichszahlen. Diese ermöglichen es, die ökologischste Variante zu erkennen, was natürlich nicht unbedingt auch aus sozialer, finanzieller oder städtebaulicher Sicht die beste Option sein muss.

Versucht jetzt also auch die AL auf der Grünen Welle mitzureiten? Nein, denn ökologisches Denken und Handeln gehört nicht erst seit gestern zum Selbstverständnis der AL. Grün ja, aber nicht um jeden Preis. Wir kritisieren ein Wirtschaftssystem, das auf stetigem Wachs-

tum und auf der Ausbeutung von Menschen und der Umwelt beruht. Hierzulande und insbesondere global. System Change, ein radikales Umdenken also, nicht nur bei der Klimaproblematik.

Wir wollen ganz sicher nicht versuchen, die Grünen thematisch auf der parkplatzbefreiten Veloschnellroute zu überholen. Die AL unterstützt zwar die Anliegen der Grünen in den meisten Fällen, wehrt sich aber dort, wo die sozialen Aspekte dem ökologischen Prinzip untergeordnet werden. Wenn sich beispielsweise Mieter:innen die Wohnungen in den energieautarken, fassadenbegrünt Häuser schlicht nicht mehr leisten können.

Eine Gesamtenergiebilanz einzufordern ist weder ein Meilenstein in Sachen Klimaschutz noch wird dadurch das System in seinen Grundfesten erschüttert. Wir werden aber hoffentlich künftig besser beurteilen können, ob besser der Kran mit der Abrissbirne aufgefahren werden soll oder die Bausubstanz – energetisch saniert – zu erhalten ist.

Patrick Maillard, AL Gemeinderat

Unruhe bewahren

30. August: Mit einem lachenden und einem weinenden Auge – Kaspar Bütikofer verlässt nach 14 Jahren den Kantonsrat. Kompetent, informiert, fundiert und stets gut gekleidet hat er sich konsequent für eine faire Gesundheits- und Sozialpolitik und gegen Privilegien eingesetzt.

31. August: Die Vollversammlung nominiert unter Applaus die Spitzenkandidierenden für den Gemeinderat 2022.

3. September: Neu-Gemeinderat Michael Graff räumt in der «Abstimmungs-Arena» mit den Falschargumenten der Gegner:innen der 99%-Initiative auf.

6. September: Fulminanter Einstieg! Neu-Kantonsrätin Nicole Wyss verliert in ihrer ersten Ratssitzung die Fraktionserklärung von AL und Grünen zur Absage des Alba-Festivals und kritisiert die Ungleichbehandlung.

13. September: In der Debatte zum Bürgerrechtsgesetz kämpft AL-Kantonsrätin Anne-Claude Hensch für tiefere Einbürgerungshürden bei jungen Erwachsenen und gegen eine Erhöhung der Wohnsitzfrist.

15. September: Postulat der AL-Gemeinderäte Willi Wottweg und David Garcia Nuñez zum Schlachthof. Der Stadtrat soll die Umnutzung dieses einmaligen Zeugen Städtzürcher Industriegeschichte in eine Kunstwandelhalle prüfen.

17. September: AL startet Fundraising für Gemeinderatswahlen. Bereits Ende September ist das 1. Zwischenziel von 20'000 Franken erreicht.

17. September: Walter Angst fordert in «Meh Biss»-Kolumne städtische Klimapolitik mit Weitsicht, die Rekommunalisierung von Energie 360 Grad AG und einen Zusammenschluss mit den Fernwärmeabteilungen von ewz und ERZ.

6. Oktober: Sammelstart für «Mehr Alterswohnungen für Zürich». Die von der AL mitlancierte Initiative verlangt 2000 zusätzliche städtische Alterswohnungen bis 2035.

26. Oktober: Einreichung der kantonalen Volksinitiative «Faire Finanzierung der Corona-Hilfen». AL, Grüne und SP haben 8650 Unterschriften gesammelt.

Finanzen

Damit wir Unruhe bewahren können, sind wir dankbar für jede Spende:

Alternative Liste Zürich,
PC 87-63 811-5
IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Gesunde Schule



Ich arbeite als Lehrerin auf Kindergartenstufe in der Stadt Zürich und kann bezeugen: Das Thema «Gesunde Ernährung an Schulen» wird von den

Behörden akribisch und umfassend beackert. So klärte das Bundesgericht gar, ob ein Kind jeden Morgen eine Cremeschnitte essen darf oder nicht – ja, es darf. Zusätzlich decken die Behörden Eltern und Lehrpersonen mit Tipps und Essempfehlungen ein. Die Schulen ihrerseits bemühen sich um Labels wie «Gesunde Schule» oder «Bewegte Schule». Während Gesundheitsförderung dank Äpfeln oder Bewegungsspielen in der Pause stattfindet, scheint die psychische Gesundheit der Schüler:innen kein Thema zu sein. Geschlecht, sozioökonomischer Hintergrund oder die Antizipation eines Migrationshintergrunds durch die Lehrperson haben einen Einfluss darauf, wie Leistungen von Schüler:innen beurteilt und ihre Potentiale eingeschätzt werden. Doch die Behörden verschliessen die Augen vor den Folgen von Sexismus, Rassismus oder Ableismus für die psychische Gesundheit der Kinder und damit für die Gesellschaft von morgen. Wir brauchen Schulen und ein Schulsystem, die sich ihrer problematischen Rolle bei der Reproduktion von Rollenbildern und Machtverhältnissen bewusst sind und ihren Umgang damit transparent und selbstkritisch kommunizieren. Mit dem Schulentwicklungsprogramm «Gleichstellung in der Schule» hat die städtische Fachstelle für Gleichstellung gezeigt, dass das Wissen z. B. im Bereich Gender und Identität vorhanden ist. Die Umsetzung an den Schulen gestaltet sich allerdings schwierig, denn die Fachstelle hat keinerlei Durchsetzungskompetenzen. Und das zuständige Schul- und Sportdepartement macht kaum Anstalten, das Programm umzusetzen. Dringend nötig wären also gesamtstädtische Bemühungen um eine Fachstelle, die mit den entsprechenden Kompetenzen ausgestattet ist. Zusätzlich braucht es Weiterbildungen zu allen bestehenden Diskriminierungsformen und -strukturen.

Sophie Blaser, Kandidatin Kreis 3, Präsidentin VPOD Lehrberufe

Mehr Alterswohnungen für Zürich

Die Wohnungskrise hat viele Gesichter. Mit seinem Schreiben an die 4000 Wohnungs-Bewerber:innen der Stiftung Alterswohnungen (SAW) hat Stadtrat Andreas Hauri am 4. Mai 2021 den Scheinwerfer auf ältere Menschen mit wenig Einkommen gerichtet. Seine Ankündigung, die Warteliste der Stiftung per Oktober 2021 aufzuheben, hat diese Menschen aufgewühlt und empört.

Inzwischen hat der Stiftungsrat den Termin für die Umstellung auf 2024 verschoben. Die Empörung hat aber nicht nachgelassen. Das spürt, wer die Unterschriftenbogen der Initiative «Mehr Alterswohnungen für Zürich» in die Hand nimmt und Menschen auf Strassen und Plätzen anspricht. Seit dem 6. Oktober wird gesammelt.

Verdoppelung des Angebots

Die Initiative fordert, dass der Bestand der Alterswohnungen mit Kostenniete bis 2035 um 2000 erhöht wird – das sind so viele, wie die SAW heute vermietet. Künftig sollen in jedem Wohnbauprojekt der Stadt Zürich auch Alterswohnungen realisiert werden. Zudem soll der Stadtrat mit öffentlichen und privaten Wohnbauträger:innen klären, wie auch auf Arealen, die nicht der Stadt Zürich gehören, Alterswohnungen mit Kostenniete erstellt werden können.

Warum ist das wichtig? Weil dieser Fokus bisher gefehlt hat. In seiner Altersstrategie redet der Stadtrat zwar über das Wohnen im Alter. Ein Massnahmenplan liegt aber nicht vor.

«Unsere Realität»

Wie dringend ist dieser Massnahmenplan? Das erzählen acht vom Mangel an bezahlbaren Alterswohnungen Betroffene auf der Website des Initiativkomitees

(www.mehralterswohnungen.ch). Einer ist der in Unterstrass lebende R.W.:

«Ich bin jetzt 70-jährig und wohne seit 2013 in einer sehr bescheidenen 1-Zimmerwohnung in Zürich. Seit dem Einbau von neuen Fenstern muss ich wenigstens nicht mehr frieren und der Strassenlärm bleibt draussen. Aber eine Kochmöglichkeit fehlt. Dabei würde ich auch gerne mal einen Besuch zum Tee einladen.

Es ist halt eher ein seit langem andauerndes Provisorium. Ich bin freischaffender Jazzgitarrist, habe auch an Jazz- und Mittelschulen unterrichtet. Mit meinen eingeschränkten Finanzen bin ich auf eine subventionierte Wohnung angewiesen. Eine 1½-Zimmerwohnung wäre ausreichend. Deshalb habe ich mich vor sieben Jahren bei der Stiftung für Alterswohnungen gemeldet. Ich will so lange wie möglich selbständig leben und bei der SAW traf ich auf sehr verständnisvolle Ansprechpartner.

Nachdem mir im Mai 2021 angekündigt wurde, dass diese Warteliste abgeschafft werden soll, habe ich mich aktiv dagegen gewehrt. Ich war auch an der Demo vom 14. Juli. Natürlich bin ich froh, dass die Wartelisten nun noch drei Jahre weitergeführt werden.

Aber bei 4000 suchenden Bewerber und jährlich weniger als 200 freiwerdenden Wohnungen wird man zu einer Nummer in der Kartei, das lässt sich nicht wediskutieren. Die Stadtplaner und Strategen haben die Situation nicht richtig eingeschätzt. Und nun? Die Initiative für 2000 zusätzliche Alterswohnungen ist dringend nötig.»

Jolanda Cerutti, Mitglied des Initiativkomitees

Fakten zum Wohnen im Alter

Die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) ist der einzige gemeinnützige Bauträger, der seine Wohnungen ausschliesslich an Wohnungssuchende vermietet, die über 60 Jahre alt sind. Zwei Drittel der SAW-Wohnungen sind subventioniert. Für diese gelten bei der Vermietung folgende Einkommenslimiten: Haushalte mit einer Person CHF 58'700. Haushalte mit zwei Personen CHF 69'600.

Eine grosse Zahl der Mieterinnen und Mieter der SAW bezieht Ergänzungsleistungen. Viele sind alleinstehende Frauen, deren Einkommen sich aus AHV und einer kleinen Rente zusammensetzt.

Seit 2015 haben sich pro Jahr im Schnitt 910 Wohnungssuchende auf Wartelisten der 34 SAW-Siedlungen setzen lassen. Die grosse Nachfrage nach preisgünstigen Alterswohnungen ist auf die starke Erhöhung der Mieten auf dem privaten Wohnungsmarkt zurückzuführen. Ältere Menschen mit bescheidenem Einkommen haben faktisch keine Möglichkeit, auf dem privaten Markt eine Wohnung zu finden.

Pro Jahr kann die SAW zurzeit knapp 200 Wohnungen vermieten. Etliche gehen an «Notfälle», die ihre bisherige Wohnung in wenigen Monaten verlassen müssen.